

„Berliner Tageblatt“
Er erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer
Sonntagsausgabe ausgedruckt wird. Man abonniert auf das Berliner bei allen
Post-Ämtern des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens,
Spaniens, Rumäniens, Griechenlands, Serbiens, Bulgariens, Montenegro,
Roumaniens, Serbiens und des Donaulandes; für alle übrigen Staaten
ist der Bezug nur per Anhalter durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Im Verfall in Abnahme mit der Ausgabe-Preisliste, S. 19. Sendungspreis: 48 Pf.
(ohne Porto). W. 8. Zeitung Nr. 103. W. 3. Postbezugspreis: 33. C. 2. Zeitung
Nr. 567. S. 14. Zeitung Nr. 41. W. 3. Zeitung Nr. 126. S. 4. Zeitung Nr. 16. NO. 18.
Große Postzeitung: 33. Ferner bei allen Postämtern und Zeitungsverkäufern.
Verl.-Redaktion: Arthur Neumann in Berlin.



Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Abend-Blatt“, sowie das „Mitt-
wöchliche“, 17. 24. Pf. für freies Hausab- oder Postab-
nahme, die Hälfte für den Ausland-Bezug. Der „Abend-
Blatt“ kostet 10 Pf. für freies Hausab- oder Postab-
nahme, die Hälfte für den Ausland-Bezug. Der „Mitt-
wöchliche“ kostet 10 Pf. für freies Hausab- oder Postab-
nahme, die Hälfte für den Ausland-Bezug.
Abonnements-Preis für Berlin bei täglich unregelmäßiger
Lieferung monatlich 2.00, vierteljährlich 6.00,
halbjährlich 11.00, jährlich 21.00.
Abonnements-Preis für den Ausland-Bezug
monatlich 3.00, vierteljährlich 9.00, halbjährlich 16.00,
jährlich 30.00.
Abonnements-Preis für den Ausland-Bezug
monatlich 3.00, vierteljährlich 9.00, halbjährlich 16.00,
jährlich 30.00.
Abonnements-Preis für den Ausland-Bezug
monatlich 3.00, vierteljährlich 9.00, halbjährlich 16.00,
jährlich 30.00.

Berliner Tageblatt

Nummer 615. Berlin, Mittwoch, den 4. Dezember 1901. XXX. Jahrgang.

Hierzu die Wochen-Bollage „Technische Rundschau“ No. 49 u. „Ziehungsliste“ No. 33.

Kanal und Zolltarif.

So am der erste Tag der Zolltarifdebatte, so reich war
der zweite an Zwischenfällen. Nicht weniger als viermal
wurden Haus und Tribünen durch unerwartete Begeben-
heiten überfallen. Zunächst brachte gleich der Anfang der
Sitzung statt der erwarteten langatmigen Rede des Centrum-
mannes Spahn ein wohl auch langatmiges, aber doch
stellenweise recht interessantes Exposé des Grafen Posa-
dowsky. Seine Rede brachte die zweite Ueberprüfung:
die verhängende Mittelstellung nämlich, daß an dem
gegenwärtigen Sachverhalte Zolltarif niemand anders
schuldig sei als das Regime Caprivi's
Freiherr v. Marschall, der damalige Staatssekretär
des Auswärtigen, der die Handelsvertragsverhandlungen am
Anfang der neunziger Jahre führte, soll, so verurteilte Graf
Posadowsky den anstehenden Volksvertretern, schon im
Januar 1892 gesagt haben, Deutschland werde sich der Pflicht
nicht entziehen können, seinen Tarif von 1879/85 energisch zu
revidieren. Das dritte unvorhergesehene Ereignis war, daß
der Reichsanwalt, von Abgeordneten Richter auf
den Plan getreten, in diesem Stadium der Zolltarif-
besprechung nochmals das Wort ergriß. Und eine
Ueberprüfung war es endlich, daß der Kanzler im deutschen
Reichstage, also ohne zwingenden Grund, sich auf eine —
wenn auch kurze — Unterbrechung der künftigen Schicksale der
Mittelkandanalfrage zugetraut.

Graf Posadowsky also begann die Debatte. Zunächst
machte es den Eindruck, als bezweife seine Rede nichts als eine
Festigung seiner parlamentarischen Position, angeht es
ihm lange feindlich und mißtraulich gegenüberstehenden Linken.
So daß sozulange am Abend; nicht er sei der Urheber des
Tarifs, sondern der Reichsanwalt Herr v. Marschall, der
die oben erwähnte Kruppener Aktion herbeigeführt habe,
den er ebenfalls nicht als Urheber des Tarifs von 1879 seine
eigene Unterlage für Handelsvertragsverhandlungen, die er
Posadowsky, sei nur Marschalls „Echtle“, aber er stehe aus
unmöglicher Ueberzeugung auf demselben Standpunkt. Der
neue Tarifentwurf sei als ein moderneres Instru-
ment denn der alte gedacht. Und nun kam, nach
dem üblichen, von den Linken natürlich nicht ohne
Widerpruch aufgenommenen Diktandum auf
Wirtschaftlichen Ansicht, eine Begründung der
größeren Spezialisierung des neuen Entwurfs, ein Begründung,
die zweifelsohne manches für sich hat. Aber, wie die
Abgeordneten Richter später auch hervorhob, nicht gegen die
Spezialisierung richtet sich der Widerspruch der Kaufleute; mit
ihre wollen man sich schon abfinden, wenn nur die Zollsätze
selbst nicht so ungeschicklich empfindungslos wären. Auch
das Privatimmittel, das Graf Posadowsky der Agrarier
aber ihre Angst wegen unserer posten Handelsbilanz,
konnte durchaus vor der Kritik bestehen. Aber wenn er dann
weiter sagte, der gegenwärtige Zolltarif solle dazu dienen,
uns weiter in einer wirtschaftlichen Position zu erhalten, die
den uns zum einen passiven Handelsbilanz erlaubt, wenn
er sagte, der Zolltarif von 1901 solle das Interesse der
Wirtschaftlichen wahrnehmen, so war das eine so groteske und
allem gesunden Menschenverstande wie der Erfahrung ein
Gesicht schlagende Behauptung, daß der Staatssekretär sich
nicht wundern konnte, wenn seine Bemessung für diese
Behauptung von den Linken mit blankem Hohn begleitet wurde.
Der Staatssekretär hatte die, sagen wir Freundlichkeit, vor
allem Volk die Frage aufzuwerfen: Sind wir denn, ist
denn unser Tarif hochschuttsamerisch? Die prompte Beant-
wortung dieser rhetorischen Frage mit einem von den Bankern
der Linken kommenden „Ja“ brachte den gewählten
Ehrenminister einen Moment aus dem Konzept, dann aber zog er
getroßt am selben Stränge weiter. „Es ist nicht erwiesen“,
meinte er, „daß wir hochschuttsamerisch“ und „wie“ dann
fort: „Freihändler können wir nicht sein, weil es uns un-
möglich ist, eine freihändlerische Lage zu bilden in der Wüste
der Schutzzölle.“ Große Heiterkeit löste diese Redensarten
aber aber hat von der Regierung verlangt, sie solle den
Freihändler sans phrase proklamieren? Niemand verlangte
denn unter den heutigen Verhältnissen. Nur das wird ver-
langt, was unserem Wirtschaftsleben keinen Zwang wider-
fahren läßt.

Aus den sonstigen, vielfach mit statistischen Daten gespickten
Ausführungen des Staatssekretärs ist besonders erwähnens-
wert die mit erheblicher Stimme abgegebene Erklärung, daß
„der Gedanke an den in den letzten Jahren Doppelkarti-
nie und an seiner Stelle in der Regierung niemals bestanden
habe.“ Den Schluss der Posadowsky'schen Rede machte, als
der in allen Ministerebenen sich wiederholende Behreim, eine
Apotheose der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen
Zölle des Entwurfs. Beharrlichen Widerspruch erregte es, als
der Minister nach dem Vorleser des Entwurfs, der von
dem nationalen Gedanken getrieben, den „nationalen Stolz“
aufzuwecken ließ und ihn den Tarifregeln kurzer Hand
absperrte. Lebhafte Proteste und Mahnungen an die
12,000 Mark-Geldsätze quälten diesen unläuten Angriff, und
Graf Posadowsky sah sich selbst genötigt, seine Worte für

mißverstanden zu erklären und einen abschwächenden
Kommentar dazu zu geben.

Die Erregung, die diese oratorische Leistung des Staats-
sekretärs hervorrief, in das Haus getragen hatte, legte sich
während der Rede des Centrumsvorredners Spahn
wieder. Was soll man von Herrn Spahns langen, langen
Gedankensätzen sagen? Herr Spahn sprach als Fraktions-
redner, und danach bleibt nichts übrig, als anzunehmen, daß
für das Centrum fortan nicht nur sachlich, sondern auch
agrarisch Trumpf ist. Seiner Rede Sinn war, wenn man
von dem Wortsinn und Abess, mit denen er nicht sehr häus-
lichkeitsmäßig umging, absehen will, der Landwirtschaft
muss höhere Zölle haben, also künftighin wir ihn.

Dann kam der Abgeordnete Richter an die Reihe. Er
sprach vom Plage aus. Die Rede begann recht harmlos.
Aber es dauerte nicht lange, da zog der erste Oppositions-
redner andere Seiten auf. Er erinnerte an die Handelsver-
tragsverhandlungen im Anfang der neunziger Jahre, sagte
dem Kanzler einige bittere Lebenswahrheiten und zerstückte
dabei die Rede des Grafen Posadowsky mit dem ihm eigenen
faustischen Witz. Mit bitterem Spott geißelte er das System
des „Universalprotektionismus“, das man uns aufkotzen
wolle, und das mit den höchsten Erziehungszöllen, von denen
der Staatssekretär gesprochen, nichts gemein habe: sei doch
Witz stets ein entchiedener Gegner aller Agrarrollen gewesen.
Die Hinterwäldlerkranzungen der Agrarier, daß man nichts
aus dem Auslande kaufen dürfe, weil man dadurch angeblich
den Vorrat von Waren vermindere, kam in seiner Kritik scharf
aus: „Denn und schiedlich ist es, sagt er, wozu die
Agrarier das deutsche Volk im Interesse ihres Geldbeutels
verurteilen wollen. Die Politik der Vorlage nannte der
Führer der Volkspartei kurz und treffend eine chinesische
Politik, die zu der sonst immer proklamirten Weltpolitik
passe wie die Faust aufs Auge. Nach mit der von den Agrariern
und ihren ministeriellen Stützpunkten wider die Zolltarif-
reger immer wieder erhobenen Beschimpfung, seien
Worten des Auslandes, machte Herr Richter wenig Feder-
leicht; dann liege auch die Minister, die die Nothwendigkeit
von Handelsverträgen ja doch zugäben, Agenten des Aus-
landes. „Ich vertrete hier“, rief der freisinnige Führer,
„eben nationale Interessen wie Sie! Sie verwerfen
den Tarif um des Auslandes willen; und wir würden
ihm wegen seiner Folgen für das Ausland ablehnen
wollen, wenn das Ausland mit ihm zufrieden wäre.“ Die
agrarische Aufregung über die Art der Herbeiführung von
Handelsverträgen verließ Herr Richter treffend mit dem
agrarischen Verständnis ja besonders gefälligen Auf- oder
Wiederholungen, die bei jeder der Beteiligten den anderen
überes Ohr hauchen mochte. Wenn schon von Agenten des
Auslandes gesprochen werden sollte, so sei der Bund der Land-
wirthe ebenfalls der Generalagent des Auslandes.

Und nun, nach dieser Wankelheit mit den Vorposten, ging
Gegen Richter zum Frontalangriff auf die Regierungsober-
ste über. Er nehme es den Agrariern nicht einmal so ab, daß sie
der Regierung mit ihren Forderungen noch Schwierig-
keiten machten; nach dem Stolz, den der Reichskanzler vor
ihnen in der Kanalfrage gemacht, sei das eine viel ver-
sprechende Kritik. Im Vorübergehen ergoß der freisinnige
Vorderer noch ein volgermüht und geschüttelt Maß bitterer
Worte über das junge Ministerium des Herrn Müller und
erklärte gelassen von der Behauptung des Grafen Posadowsky,
Herr v. Marschall sei der Urheber dieses Tarifs: das glaube
er nicht eher, als bis er's von Herrn v. Marschall selbst höre.
Und dann schloß Herr Richter mit einer Kritik der getragten
Pöhlischen Rede: Der Reichstag sei enttäuscht, „oben“ sei
man enttäuscht, draußen im Volke sei man enttäuscht. So
unbedeutend sei noch nie eine solche Vorlage eingeleitet
worden. Für den Grafen Pöhl sei die Sprache auch
nur dazu da zu sein, die Gedanken, die er nicht habe, zu ver-
bergen.

Mit einer Wendung gegen die agrarischen Veruche, die
Zollerhöhungen als belanglos für den Vordruck hinzustellen,
schloß die Rede, deren Bedeutung ebenso oft der lärmende
Widerstand der Rechten wie der Beifall der Linken bezeugte.

Und nun geschah das Unerwartete: Graf Pöhl nahm
das Wort. Wie verständig ist die Rede an anderer Stelle
dieser Nummer im Wortlaut. Hier sei nur auf die bemerkens-
wertesten Sätze hingewiesen.
Zunächst bekannte sich der Kanzler als entchiedener und
überzeugter Anhänger der Weltpolitik, die er nicht proklamirt
habe. Aber die Basis der Weltpolitik, zu der er sich bekenne,
sei eine „kräftige nationale Selbstpolitik“, eine Weltpolitik
ohne diese Basis sei phantastisch, ungesund und schädlich;
dieser etwas unbestimmten Formulierung, ging der Kanzler
aber zu der von Abgeordneten Richter angeführten
Mittelkandanalfrage: Wenn sie auch nicht vor
das Forum dieses hohen Hauses, sondern vor
das eines anderen hohen Hauses gehöre, das
zur Zeit geschlossen sei, so nehme er doch bei dem allgemeinen
Interesse der Sache keinen Anstand, die Stellung der
Agrarier zur Kanalfrage auch hier zu erklären. Von einer
Nachgebietlichkeit seinerseits gegen die Landwirtschaft
abgesehen, habe er keine Rede. Ebenso wenig sei aber auch,
so führte der leitende Minister weiterhin aus, indem er
mehrmals zur Verstärkung seiner Worte mit der Faust auf

den Tisch schlug, ebenso wenig sei auch, wie er ganz
entschieden erklärte, von einem Falllassen der
großen wasserwirtschaftlichen Vorlage die
Rede. Davon könne schon im höchsten Grade
die Rede sein als ein solches Falllassen eine
steigende Schädigung für den allgemeinen Wohlstand
nicht nur des Kanalgebietes, sondern auch des ganzen
Landes sein würde. Die künftige Staatsregierung
sei unerschütterlich überzeugt, daß es sich bei der Kanalvorlage
um ein Projekt handle, daß der Ueberweisung und Rufe
bedürfe, das der bisherigen Beurteilung vom Parteistandpunkt
entzückt werden müsse, und das „mit der Zeit realisiert
werden wird.“

„Mit der Zeit!“ Welch ein vieldeutiger Begriff! Aber eine
solche unbestimmte Versicherung — das Wort ist eine contra-
dictio in adjecto — frägt sich trefflich in die Fortwahrheitspraxis
der gegenwärtigen deutschen Regierung!
Geistreich und in der schönen Literatur beflissen, wie
immer, schloß der Kanzler, indem er wieder zum Zolltarif
überging, und wiederum, wie seine ganzen Darlegungen,
warzen auch die Gesellen, mit denen er seine Güte aus dem
Don Carlos und dem Faust begleitete. Er sprach davon, daß
er beim Zolltarif gethan habe, was er konnte: eine Einigung
der Bundesstaaten habe er herbeigeführt, der Tarif sei sorg-
fältig durchgearbeitet, jetzt müsse der Reichstag sich mit der
Regierung verständigen. Und mit einer Handbewegung zum
Centrum hin: „Ich habe das Meinige gethan, Herr Kan-
dalar, thun Sie das Ihrige!“ Dem Citat, dem die Geselle
noch eine besondere Bedeutung gab, folgte bald noch ein
beiläufig nicht neuer Vergleich des Abgeordneten Richter mit dem
Geist, der stets verneint. Aber das Citat machte den oft
mißbrauchten Vergleich humorvoll. Wieder auf das Centrum
deutend, meinte der Kanzler: „Mephisto unterliegt, die Engel
triumphiren!“

Roch Eins sei erwähnt: Graf Pöhl stellte fest, fern sei
ihm der Gedanke, auch nur einen Moment anzunehmen, daß
irgend ein Mitglied der Reichsversammlung — also
auch die Sozialdemokraten — bei seinem politischen Verhalten
sich von anderen als nationalen Gründen leiten lasse.
Warum dann aber die gefestigte Betonung der Not-
wendigkeit der Hervorhebung des „nationalen Gedankens“
im Reichstage, wenn der Vorwurf der Internationalität doch
keinen Abgeordneten trifft?

Mit der üblichen Versicherung, die Regierung wolle mit
allen Völkern in wirtschaftlicher und politischer Eintracht
leben, und vor allem wolle sie Handelsverträge auf irgend
anzunehmenden Grundlagen abschließen, schloß Graf Pöhl
seine Rede, die doppelt so lange gedauert hatte wie die vor-
gegriffene. Der Eindruck dieses zweiten Tages war jedenfalls
ein etwas anderer als der des ersten, wenigstens die Stellung-
nahme der Regierung nach wie vor eine ausreichende
Begründung auch am Dienstag nicht laud. Aber kann sie die
überhaupt je finden?

Der Fall Breitenbeck kam am Dienstag in der Dort-
mund-er Stadtverordnetenversammlung zur Sprache.
Der Verleger der „Lemvonia“, Herr Kuntze, interpellirte den
Magistrat wegen der bekannnten Forderung des sozialdemo-
kratischen Redakteurs Breitenbeck durch einen Schutzmann,
indem er auch die Resolution des „Berliner Volksblattes“
besonders hervorhob. In der Beantwortung der Inter-
pellation führte Oberbürgermeister Schmidt in aus:

Was die Behauptung betrifft, es sei bei der Beforderung
des Postbesorgenden Kuntze auf die Behauptung Breitenbeck's Rücksicht
genommen, so ist daran absolut nichts Wahres. Was die
Feststellung betrifft, so ist zuzugeden, daß dieses Mittel der Beför-
derung vom Gefängnis zum Gericht oder umgekehrt häufig
und unbenutzt ist, aber es ist schließlich schwer zu vermeiden,
weil auf dem Transport hierhin schon einige Sozialdemokraten in
der Nähe des Transportes bemerkt wurden, unter deren Deckung
Breitenbeck leicht hätte entkommen können. Redner verweist dann
ein Schriftstück folgenden Inhalts:

Es kann nicht als berechtigt anerkannt werden, daß die
Zeitungsbetriebe sich in den gemeinsamen Interessen derart
zusammenschließen, daß die Gesamtheit glaubt, für den Einzelnen
zu müssen. Die Zeitungen (sowohl wie die Personen, die dieselben leiten, sind in ihrer
Bedeutung und ihren Eigenschaften und speziell die Redakteure in
ihrer ganzen Verantwortlichkeit verpflichtet von einander und müssen
individuell bearbeitet werden.

Der Magistrat erklärte, daß bei der Beurteilung dessen, was bei
im Einzelfalle, speziell auch bei Gefangenentransporten zu thun
haben, überlassen werden, unter Beobachtung der bestehenden Ge-
setze und Bestimmungen ihre Entscheidungen nach den vorliegen-
den Verhältnissen zu treffen.
Dies gilt besonders auch für die Frage, ob ein Gefangener
auf dem Transport vom Gefängnis zur Anstalt in einem ge-
richtlichen Verhandlung und umgekehrt gestellt werden soll
oder nicht.
Der Magistrat erklärte und die Normen bei der Festlegung war durch
folgende Umstände begründet:
1. Breitenbeck war bereits zu längeren Freiheitsstrafen verur-
teilt und hatte weitere noch zu erwarten. Die Gesamt-
strafen des Breitenbeck betragen zusammen annähernd zwei Jahre
Gefängnis. (Fort, fort.)